

# Die DVP im Oktober 2021/Inhaltsverzeichnis

Holger Weidemann

**Editorial: Wunsch – Hoffnung? . . . . . 379**

## Abhandlungen

Josef Konrad Rogosch

**Aktuelle administrative Verfahrensanforderungen für Stellenausschreibungen und Stellenbesetzungen . . . . . 381**

Art. 33 Abs. 2 GG gewährt beim Zugang zu öffentlichen Ämtern einen Anspruch auf beurteilungs- und ermessensfehlerfreie Entscheidung und eröffnet einen sog. Bewerbungsverfahrenanspruch. Die Stärkung des Verfahrensgedankens findet einen wesentlichen Grund insbesondere darin, dass die Begriffe „Eignung, Befähigung und fachliche Leistung“ den Dienstherren einen Beurteilungsspielraum zuweisen, der einer nur begrenzten gerichtlichen Kontrolle unterliegt.

Dieser Beitrag stellt die verfahrensmäßigen Anforderungen an ein Stellenbesetzungsverfahren dar, angefangen bei der Personalbedarfsplanung bis hin zur Aushändigung der Ernennungsurkunde. Angesprochen werden u. a. Fragen der Stellenausschreibung, die Stellung der Verfahrensbeteiligten, der Umgang mit den Bewerbungsunterlagen, zulässige Auswahlkriterien sowie die Anforderungen an Fragen im Personalinterview.

Jan-Phillip Steinfeld

**Kompetenzorientierte Rechtsdidaktik. . . . . 387**

Gegenstand dieser Darstellung ist der Erwerb situationspezifischer Handlungspotenziale durch Schreibdidaktik. Hierbei wird insbesondere auf § 28 VwVfG eingegangen, der als dynamischer Rahmen verstanden werden kann, in welchem Prozesse aktiv und eigenständig gesteuert werden können.

Wolfgang Mosbacher

**Bericht aus Berlin. . . . . 390**

Dieser Beitrag gibt im Anschluss an die Darstellung in der DVP 01/2021 einen Überblick über die (Bundes-)Gesetzgebung des Jahres 2021, die zwar auch noch von der Bekämpfung der Coronapandemie geprägt war, aber auch viele andere Lebens- und Rechtsbereiche betraf.

Angesprochen werden u. a. Änderungen durch das Registermodernisierungsgesetz, das Baulandmobilisierungsgesetz, die Novelle des Bundespersonalvertretungsgesetzes und das Aufbauhilfegesetz nach dem Hochwasser im Sommer 2021.

Torsten Wehrmann

**Weitere Entwicklungen im Prüfungsrecht. . . . . 393**

Ob im Schulsektor, im Studium oder der beruflichen Bildung, Prüfungen bilden einen wesentlichen Teil zum Erlangen der jeweiligen Qualifikation. Wegen ihrer Bedeutung für den weiteren Verlauf der Karriere werden Prüfungsentscheidungen oftmals gerichtlich überprüft. Die rechtlichen Anknüpfungspunkte sind dabei vielfältig. Sie reichen von der Zusammensetzung des Prüfungsausschusses, die eigentliche Prüfungsnote bis zu Verfahrensabläufen der Prüfung. Trotz eigenständiger Prüfungsordnungen verschiedener Bereiche werden von der Rechtsprechung oftmals Grundsätze entwickelt, die auch auf andere Prüfungsbereiche übertragen werden können. Im Beitrag werden daher Entscheidungen zum Prüfungsrecht vorgestellt, die über den Einzelfall hinausreichen können.

Christian Fritze

**Die Verwendung des Jahresergebnisses seit dem 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz NRW . . . . . 397**

Durch das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz NRW wurden auch die Vorgaben zur Verwendung des Jahresüberschusses und Behandlung des Jahresfehl-

betrags verändert, was unmittelbare Auswirkungen auf die Höhe der restlichen Unterpositionen des Eigenkapitals in der kommunalen Bilanz hat. Aus dem Zusammenspiel des Jahresergebnisses und der Eigenkapitalpositionen wird festgestellt, ob eine Gemeinde einen Haushaltsausgleich erreicht hat oder eine Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts besteht.

Daher soll hier untersucht werden, welche Möglichkeiten die Gemeinden hinsichtlich der Behandlung der Jahresergebnisse haben. Dazu wird zunächst die grundsätzliche Struktur des kommunalen Eigenkapitals dargestellt, um anschließend die Veränderungen in den Ergebnisverwendungsregeln zu ermitteln. Dies wird durch Fallbeispiele veranschaulicht.

## Kurzinformationen und Splitter

**Splitter: Servicekonto . . . . . 389**

**Splitter: De-Mail – Top oder Flop? . . . . . 392**

## Fallbearbeitungen

Holger Weidemann

**Der entbehrliche Straßenabschnitt . . . . . 403**

Diese Online-Fallbearbeitung befasst sich mit dem Thema „Straßenrecht“. Zu prüfen sind die Erfolgsaussichten einer Klage gegen die Einziehung einer Straße. Außerdem ist der Entwurf einer Klageerwidierung zu erstellen.

Ralf Schmorleiz

**Eine Veränderung bewirkt stets ein weitere . . . . . 406**

Bei dieser Fallbearbeitung aus dem rheinland-pfälzischen Kommunalrecht geht es u. a. um Regelungen der Hauptsatzung zur Einrichtung von Geschäftsbereichen und die Leitung durch Beigeordnete und den Bürgermeister. Zu prüfen sind auch mögliche Ausschlussgründe, die nötige Mehrheit und eine mögliche Wahlbeschwerde.

Matthias Wiener

**Der frühe Vogel fängt den Wurm – nicht immer . . . . . 410**

Diese Fallbearbeitung aus dem Kommunalverfassungsrecht Sachsen-Anhalt befasst sich zunächst mit der Rechtmäßigkeit von Ratsbeschlüssen und der möglichen Pflicht des Oberbürgermeisters zum Widerspruch. Anschließend geht es um die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens.

## Rechtsprechung

**Streit um (muslimische) Kopftücher**  
(VGH München, Beschluss vom 10.12.2020 – 5 S 20 2456) . . . . . 417

**Hausverbot für Therme mit Sauna**  
(BGH, Urteil vom 29.5.2020 – V ZR 275/18) . . . . . 417

**Rechtsweg bei Abwehrklage gegen die Nutzung einer Turnhalle zur Erstunterbringung von Asylbewerbern**  
(OLG Dresden, Beschluss vom 16.9.2015 – 10 W 879/15) . . . . . 420

**Schrifttum . . . . . 421**

Die Schriftleitung

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage der Fa. Haufe-Lexware GmbH & Co. KG. Wir bitten um freundliche Beachtung!

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage vom Nomos Verlag. Wir bitten um freundliche Beachtung!